

ne. Demgemäß gab sich das Reich am 25. Januar 1935 gegenüber Lord Allen of Hurtwood, dem Vertreter eines Kreises, der die Herbeiführung besserer deutsch-englischer Beziehungen anstrebte, betont friedensliebend, auch unter Betonung, daß man der französischen Regierung nach der Saarabstimmung wiederholt zu verstehen gegeben habe, daß Deutschland keine territorialen Forderungen irgendwelcher Art mehr an Frankreich zu richten habe; ferner werde die deutsche Rüstung zu Lande für England niemals eine Bedrohung sein<sup>28</sup>.

Daß die britische Regierung bestehenden Bedenken keine Taten folgen ließ, beweist der MacDonald-Plan auf der Zweiten Internationalen Abrüstungskonferenz vom 2. Februar 1933 mit dem Projekt des britischen Premiers MacDonald zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung mit Zugeständnissen für die Aufrüstung bei gleichzeitiger Ablehnung durch Frankreich; das gleiche gilt für den Plan Mussolinis zu einem Viererpakt zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien. Führten beide Projekte auch nicht zur Verwirklichung, zumindest nicht in der ursprünglichen Form, so provozierte diese Haltung doch das deutsche Memorandum zur Rüstungsfrage vom 18. Dezember 1933 mit der Forderung nach Gleichberechtigung, zur Umwandlung der Reichswehr in ein 300.000 Mann-Heer sowie den Einzelvorschlägen zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung; erst im Januar 1935 führten englisch-französische Besprechungen zu der Londoner Erklärung vom 3. Februar 1935. Zwar wurde eine allgemeine Regelung der Rüstungsfrage ins Auge gefaßt, aber gemäß der französischen These wurde auch der "Organisation der Sicherheit" gedacht und dabei an den Ostpakt erinnert. Doch der Gang der von England angeregten Abrüstungsverhandlungen wurde von der englischen Regierung auch wiederum sabotiert; die neue Rüstungsvorlage, die sie am 11. März 1935 im Parlament einbrachte, wurde mit einem Weißbuch begründet, in dem Deutschland der Bedrohung des Weltfriedens und des Bruchs des Versailler Vertrages bezichtigt wurde<sup>29</sup>. Zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Saar bereits vom Reich übernommen worden.

Die britische Haltung zur Saarfrage im Vorfeld dieser Ereignisse kommt deutlich in der Anweisung des britischen Außenministers John Simon an den britischen Botschafter George R. Clerk (Paris) vom 15. November 1934 zum Ausdruck: "... we feel that it is ultimately in the interests of Europe, and of France in particular, that the Saar problem should be eliminated as soon as possible by its complete and definite reversion to Germany, and that therefore any attempt to bring about a vote in favour of the maintenance of the present regime is to be deprecated, since it

---

<sup>28</sup> Siehe die Propagandaschrift von Friedr. Berber, Deutschland-England, S. 47-51.

<sup>29</sup> Ebd. S. 50. "Aus dem britischen Rüstungs-Weißbuch" v. 1.3.1935, ebd. S. 51ff; die "Denkschrift der brit. Regierung zur Rüstungs- und Gleichberechtigungsfrage" v. 29.1.1934, ebd. S. 33-36, ferner die "Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und Lord Allen of Hurtwood" v. 25.1.1935, ebd. S. 47-51. Vgl. J. Hiden, Germany and Europe, S. 49-85 (Germany and the European powers, 1921-1939).